

Betreff: Wird Baden-Württemberg bei der Informationsfreiheit den Anschluss an die zivilisierte Welt schaffen?
Absender: "Walter Keim" <wkeim@broadpark.no>
Empfänger: <post@landtag-bw.de>; <guenther.oettinger@stm.bwl.de>
Kopie-Empfänger: <info@die-linke-bw.de>; <post@gruene.landtag-bw.de>; <post@fdp.landtag-bw.de>; <post@spd.landtag-bw.de>; <post@cdu.landtag-bw.de>; <post@landtag-bw.de>
Datum: 13. Jun 2008 17:32

Knowledge will forever govern ignorance, and a people who mean to be their own governors, must arm themselves with the power knowledge gives. A popular government without popular information or the means of acquiring it, is but a prologue to a farce or a tragedy or perhaps both.

-- James Madison

in English on same subject: <http://aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/ifg-5-laender-e.htm>

Walter Keim
Torshaugv. 2 C
N-7020 Trondheim, den 11.08.2008

Ministerpräsident Oettinger
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15
D-70184 Stuttgart

Landtagspräsident
Landtag Baden-Württemberg
Konrad Adenauer Str. 3
D-70173 Stuttgart

Betreff: Schriftliche Anhörung Informationsfreiheitsgesetz: Kann Baden-Württemberg bei der Verwaltungstransparenz den Anschluss zur zivilisierten Welt finden? Wird die FDP diese Bürgerrecht stützen?

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion der Grünen hat am 10.3.08 im Landtag den Entwurf eines Informationsfreiheitsgesetzes eingebracht (Anlage 1: Drucksache 14/2468). Warum behandelte der Innenausschuss das Informationsfreiheitsgesetz am 11.6.08 in nichtöffentlicher Sitzung?

Ich beziehe mich auf die Sitzung des Landtages am 5.6.08 in der der Entwurf eines Informationsfreiheitsgesetzes für Baden-Württemberg (Anlage G) an den an den Innenausschuss und federführenden Ständigen Ausschuss überwiesen wurde. Die Anhörung der kommunalen Spitzenverbände ist in Anlage 7 beigelegt.

Ich begrüße den Vorschlag der Fraktion der Grünen sowohl als notwendiges Bürgerrecht in der Demokratie als auch förderlich für die wirtschaftliche Entwicklung und möchte auch einige Verbesserungsvorschläge machen.

Baden-Württemberg hat damit die Chance den Anschluss an andere Bundesländer und die zivilisierte Welt bei der Informationsfreiheit zu schaffen und als Wirtschaftsstandort attraktiver zu werden (Anlage 2).

Eigentlich gibt es im Landtag eine Mehrheit dafür, da nur die CDU wirklich dagegen ist. Die FDP will eine Bürgerrechtspartei sein. Wird sie sich dem Diktat der informationsfreiheitsfeindlichen Betonköpfe der CDU und der widerstrebenden Amtsschimmel fügen?

Weltweit kommt die Verwaltungstransparenz bisher in mehr als 75 Staaten mit mehr als ca. 3,5 Milliarden Menschen in Europa, (Nord- und Mittel-)Amerika, Australien, und Asien (Japan, Indien, Indonesien, China) zugute. In Europa fehlt die Verwaltungstransparenz im Wesentlichen nur in Weißrussland und Russland und einigen CDU/CSU regierten Bundesländern.

Trotzdem verweigern die regierende CDU in Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen und die CSU Hinterwäldler in Bayern ihren Bürgern dieses Menschenrecht.

Allerdings haben die CDU in NRW und Bremen an der Verabschiedung eines IFG mitgewirkt. In Hamburg hat die CDU Fraktion, in Thüringen die CDU Fraktion, in Sachsen-Anhalt und im Saarland die CDU Regierung ein IFG in Landesparlamente eingebracht das verabschiedet wurde.

Auch wirtschaftliche Standortvorteile sprechen für die Informationsfreiheit. Die Informationsfreiheit ist nämlich in allen wirtschaftlichen Kraftzentren der Welt USA, EU, Japan und Indien eingeführt. Nach guten Erfahrungen mit der Verwaltungstransparenz in Hong Kong (1998), Guangzhou (2002), Shanghai (2004) wurde am 24.4.07 nun für ganz China eine Informationsfreiheitsdekret, das die Verwaltungstransparenz ab 1.5.08 einführt. Dies wird in der am schnellsten expandierenden wirtschaftlichen Wachstumsregionen in der Welt als Mittel angesehen den Standort wirtschaftlich noch attraktiver zu machen und zusätzlich Investoren anzulocken. China wird Deutschland in Kürze sowohl beim Export als auch beim Bruttosozialprodukt überholen.

Eines der wichtigsten Argumente für die Einführung der Transparenz staatlichen Handelns mit Hilfe der Informationsfreiheit ist das Vertrauen in den Staat zu stärken. Bisher ist Deutschland ein Volk ohne Vertrauen: Vier von fünf Deutschen haben das Vertrauen in die Politik verloren (Die Welt: 12. März 2006, 00:00 Uhr Von Sabine Höher). In vielen Wahlen ist die "Partei der Nichtwähler" am größten. Untersuchungen in England zeigen, dass Misstrauen kann abgebaut werden.

Ausführliche Begründung: <http://aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/ifg-anhoerung-bw.htm>

Nachdem das Menschenrecht des Zugangs zu Informationen der öffentlichen Verwaltung in ganz Europa und fast allen zivilisierten Staaten verwirklicht ist, sollte Baden-Württemberg den gegenwärtigen Entwurf nachbessern, um nicht nur den Anschluss sondern auch Bürgerfreundlichkeit auf hohem Niveau zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Walter Keim

Kopie: Fraktionen Landtag Baden-Württemberg, 5 Bundesländer ohne das Menschenrechtes der Informationsfreiheit.

Anlagen:

1. Entwurf eines Informationszugangsgesetzes Baden-Württemberg der Fraktion der Grünen: Drucksache 14/2468. http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/2000/14_2468_D.PDF
2. Anhörung im Innenausschuss des hessischen Landtages am 26.2.07 über IFG: <http://www.landtag.hessen.de/index.cfm?rubrik=2&unterrubrik=18>, Stellungnahmen: http://www.juergen-froemrich.de/cms/default/rubrik/10/10634.stellungnahmen_fuer_den_innenausschuss_z.htm
3. 10. July 2006: *Sdruženi Jihoceské Matky v. Czech Republic*, Application no. 19101/03 , Decision of ECHR Admissibility of Access to information. <http://merlin.obs.coe.int/iris/2006/9/article1>
4. Keim v. Germany: ECHR Appl. No. 41126/05: <http://aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/echr-061101.htm>
5. Auszug Plenarprotokoll 18/22 18. Wahlperiode am 19. 01. 05 (Tagesordnungspunkt 43): <http://aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/Hamburg-ifg-20050119.txt>
6. **Bündnis Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz. Presseerklärung Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion für ein Informationsfreiheitsgesetz Rheinland-Pfalz greift zu kurz:** http://www.dgif.de/fileadmin/user_upload/pdfs/IFG-RP-PM15-04-2008Endf-2.pdf und <http://www.informationsfreiheit.org/1822.html>
7. Anhörung IFG Baden-Württemberg: http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/2000/14_2715_d.pdf

Anlagen im Internet publiziert:

- A. Empfehlung Rec (2002) 2 des Ministerausschusses an die Mitgliedstaaten zum Zugang zu amtlichen

Dokumenten: http://www.fr.ch/ofl/de/cst2004/empf_2002_2.pdf

- B. **Tagesspiegel I 8.12.06: Europäischer Menschenrechtshof: Präsident ermahnt Deutschland:** <http://www.tagesspiegel.de/politik/nachrichten/europaeischer-menschenrechtshof/83851.asp>
- C. Report by the Commissioner for Human Rights, Thomas Hammarberg, on his visit to Germany, 9 – 11 and 15 – 20 October 2006: <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1162763&Site=CommDH>: German Human Rights Institute should monitor, development of national action plan on human rights.
- D. Empfehlung Rec(2004)5 über die "Überprüfung der Vereinbarkeit von Gesetzentwürfen mit der EKMR den Mitgliedstaaten": <http://www.uni-potsdam.de/u/lk/egmr/minkom/ch/rec2004-5.pdf>
- E. Empfehlung Rec(2004)6 über die Verbesserung der innerstaatlichen Rechtsbehelfe: <http://www.uni-potsdam.de/u/lk/egmr/minkom/ch/rec2004-6.pdf>
- F. Pressemitteilung des Europarates 11.7.07: Bericht des Menschenrechtskommissars Thomas Hammarberg über seinen Besuch in Deutschland 9. – 11. und 15. – 20. Oktober 2006: <http://www.aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/Bericht-des-Menschenrechtskommissars.html>: Deutsche Institut für Menschenrechte mit der Beobachtung der Menschenrechte in Deutschland beauftragen, nationalen "Aktionsplan Menschenrechte" entwickeln.
- G. Sitzung des Landtages am 5.6.08 mit Entwurf eines Informationsfreiheitsgesetzes für Baden-Württemberg: http://www.landtag-bw.de/aktuelles/beschluesse/Beschluesse/046_-Sitzung-vom-05_06_2008.pdf

Antwort:

•

Entwicklung:

Tabellarische Übersichten: Menschenrecht Informationszugang im Bundesgesetzblatt (BGBl.)

Europarat zur Informationsfreiheit:

| Organisation | Name mit Link | Übersetzung |
|---|--|-------------|
| Europarat, 4.11.1950 | Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte (BGBl. 1952 Teil II S. 685): Artikel 10: Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit | English |
| Parlamentarische Versammlung, 1979 | Empfehlung Nr. 854 (1979) der Parlamentarischen Versammlung des Europarates betr. den Zugang der Öffentlichkeit zu Regierungsunterlagen und die Informationsfreiheit: http://aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/empf_854_1979.htm | English |
| Europarat, 1981 | "Recommendation No. R (81) 19" on the access to information held by public authorities. | |
| Parlamentarische Versammlung, 1986 | Recommendation 1037 (1986). On Data Protection and Freedom of Information | |
| Europarat, 2002 | Empfehlung Rec (2002) 2 des Ministerausschusses an die Mitgliedstaaten zum Zugang zu amtlichen Dokumenten: http://www.fr.ch/ofl/de/cst2004/empf_2002_2.pdf | Englisch |
| Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, 2006 | Rechtssache Sdruženi Jihoceské Matky gegen Tschechische Republik, Antrag Nr. 19101/03 vom 10. Juli 2006 | English |
| | Arbeit an bindender Konvention. CDDH: Project 2004/DG2/74 | |

| | | |
|-----------------|---|--|
| Europarat, 2006 | "Guaranteeing the right of the public to have access to official documents": http://aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/project_2004dg274.htm | |
|-----------------|---|--|

Vereinte Nationen (UN) und UNECE

| Organisation | Name mit Link | Übersetzung |
|----------------------------------|--|-------------|
| Generalversammlung, 10.12. 1948 | Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: Artikel 19: ...Freiheit ... "Informationen (...) zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten." | English |
| Vereinte Nationen, 1966 | Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. (BGBl. 1973 II S. 1534) Artikel 19: Freiheit ... "Informationen (...) sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben." | English |
| Europa UNECE, 1998 | United Nations Economic Commission for Europe: Umweltschutz: Die Aarhus Konvention: http://www.unece.org/env/pp/acig.htm | English |
| COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, 1998 | E/CN.4/1998/40, 28 January 1998: Promotion and protection of the right to freedom of opinion and expression Report of the Special Rapporteur, Mr. Abid Hussain, submitted pursuant to Commission on Human Rights resolution 1997/26: III A | |
| COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, 2000 | E/CN.4/2000/63, 18 January 2000: Report of the Special Rapporteur on the promotion and protection of the right to freedom of opinion and expression, Mr. Abid Hussain, submitted in accordance with Commission resolution 1999/36: III B | |
| UN Special Rapporteur, 2004 | JOINT DECLARATION by the UN Special Rapporteur on Freedom of Opinion and Expression, the OSCE Representative on Freedom of the Media and the OAS Special Rapporteur on Freedom of Expression: http://www.cidh.org/Relatoria/showarticle.asp?artID=319&IID=1 : " The right to access information held by public authorities is a fundamental human right " | |

Walter Keim

Netizen: <http://walter.keim.googlepages.com/>

<http://aitel.hist.no/~walterk/wkeim/files/eu-hra-070329.htm>

